

Aus für Gründerland Deutschland?

Die Zusammenstreichung des Gründungszuschusses ist entschieden

Existenzgründer müssen sich sputen. Die Zusammenstreichung des Gründungszuschusses ist nun sicher, denn der Vermittlungsausschuss gab keine Änderungsempfehlung ab. Ein weiterer herber Schlag: der Gründungszuschuss wird zur Ermessensleistung.

Da das Gesetz voraussichtlich Mitte Dezember in Kraft treten wird, rät die Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH) e.V. allen Existenzgründern: Wer noch einen Gründungszuschuss erhalten möchte, sollte schnellstmöglich seinen Antrag bei der Agentur für Arbeit einreichen!

Jedem klingen noch die Worte aus den Koalitionsverhandlungen von 2009 in den Ohren: „Deutschland muss wieder zum Gründerland werden. (...) Wir werden (daher) die Förderprogramme für Gründungen (...) stark ausbauen.“ Das alles scheint jetzt alles vergessen zu sein, denn im Oktober hatte der Bundestag den Cut des Gründungszuschusses, den Existenzgründer zur Förderung erhalten, beschlossen. Auch die Anrufung des Vermittlungsausschusses half nichts – er gab keine Änderungsempfehlung ab. Daher bleibt es bei den Regelungen, die der Bundestag beschlossen hatte.

Der Zuschuss wird gekürzt und in eine Ermessensentscheidung umgewandelt. Selbständige in Spe sind also bald dem Gutdünken der Agentur für Arbeit ausgesetzt und müssen dadurch zusätzliche Hürden bei der Existenzgründung überwinden. Dabei entstehen doch oft gerade durch geförderte Gründungen weitere sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze – alles Beschäftigungsverhältnisse, die durch eine unterbliebene Gründung gar nicht erst hätten entstehen können. Gerade Frauen und Älteren, um deren Chancen es auch heutzutage nicht allzu gut auf dem Arbeitsmarkt bestellt ist, bietet die Selbständigkeit die Gelegenheit, eine neue Karriere zu starten.

Berlin, 24.11.2011

Diese Pressemeldung kann unter www.cdh.de/presse heruntergeladen werden.